



ELTERNZEIT

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
189 · Ausgabe BE · August 2020



Elternzeit jetzt!

Wir schreiben das Jahr 2020 und trotzdem können wir von einer Elternzeit nur träumen. Bürgerliche Mehrheiten blockieren die lang erwartete Elternzeit auf nationaler Ebene. Selbst beim überfälligen Vaterschaftsurlaub wird um jeden einzelnen Tag gefeilscht. Deshalb braucht es jetzt eine Lösung für den Kanton Bern. Die SP geht darum in die Gegenoffensive und sammelt Unterschriften für die Initiative für eine echte Elternzeit im Kanton Bern.

Flexibles Modell, das die Gleichstellung fördert

Die Initiative verlangt, dass der Kanton Bern eine kantonale Elternzeit von 24 Wochen einführt. Davon sind je 6 Wochen für jeden Elternteil reserviert, die restlichen 12 Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen. Während der kantonalen Elternzeit erhalten die Eltern einen angemessenen Lohnersatz. Dieser orientiert sich in Bezug auf Höhe und Art an der Mutterschaftsentschädigung. Die kantonale Elternzeit kann von der Geburt des

Kindes bis zum Eintritt in den Kindergarten bezogen werden.

Eine Elternzeit ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft

Für die Familie: Dank der Elternzeit wird die Beziehung zwischen den Eltern und dem Kind gestärkt. Insbesondere Väter erhöhen so ihr Engagement gegenüber dem Kind und übernehmen bei der Betreuung deutlich mehr Verantwortung.

Für die Vereinbarkeit: Die Elternzeit ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf während der ersten, intensiven Jahre. Die Elternzeit ermöglicht Eltern freier zu entscheiden, wer nach der Elternzeit welchen Anteil an Erwerbs- und Betreuungsarbeit übernimmt.

Für die Gleichstellung: Mit der Elternzeit wird die Aufgabenteilung zwischen den Elternteilen bei der Betreuungsarbeit gerechter. Zudem verbessern sich die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Die Elternzeit mindert die Diskriminierung von Frauen bei Anstellungsentscheidungen und Karrierechancen.

Für die Volkswirtschaft: Dank der Elternzeit steigt vor allem bei den Frauen die Erwerbsquote. Modellrechnungen gehen davon aus, dass ein leichter Anstieg der Erwerbs-

quote genügend zusätzliche Steuereinnahmen einbringt, um die Kosten der Elternzeit zu decken.

Fordernde, aber machbare Unterschriftensammlung

An vielen Orten im Kanton Bern finden in diesem Herbst Gemeindewahlen statt. Die Elternzeitinitiative ist eine gute Gelegenheit für unsere Partei und unsere Kandidierenden, den Wählerinnen und Wählern konkret aufzuzeigen, dass wir für eine moderne und engagierte Familienpolitik eintreten. Klar: Es gab schon dankbarere Zeiten für Unterschriftensammlungen. Wir können und wollen aber unsere politische Arbeit nicht einfach auf unbestimmte Zeit auf Eis legen. Indem wir uns der Situation anpassen, wird das Sammeln machbar: Die Kugelschreiber beim Strassensammeln werden gleich zum Give-away, womit das Desinfizieren nach dem Gebrauch entfällt. Auch soll ein Teil der Unterschriften durch Kontakte zusammenkommen, die sowieso stattfinden: Bereits rund 200 Personen haben sich bereit erklärt, in ihrem persönlichen Umfeld einige Unterschriften zu sammeln. Weitere Helfende sind hochwillkommen, meldet euch am besten über den QR-Code auf Seite 12. Damit wir die nötigen 15 000 Unterschriften innerhalb eines halben Jahrs sammeln können, ist gerade das Engagement der Sektionen zentral. Wir sind darum froh, sind viele von ihnen hochmotiviert, für die Elternzeit auf die Strasse zu gehen.

Unterschriftenbögen können ab dem 1. September unter www.elternzeit.be heruntergeladen werden.

Mehr Sonntagsarbeit im Detailhandel – Nein danke!

DIE LADENÖFFNUNGSZEITEN SIND SEIT VIELEN JAHREN EIN ZANKAPFEL IM KANTON BERN. MIT DEM REFERENDUM DER UNIA GEGEN DIE REVISION DES GESETZES ÜBER DEN HANDEL UND DAS GEWERBE (HGG) GEHT DIE AUSEINANDERSETZUNG NUN IN EINE NEUE RUNDE. ANGESICHTS DER ABSTIMMUNGSERGEBNISSE DER LETZTEN JAHRE IN ANDEREN KANTONEN IST EIN VOLKS-NEIN DURCHAUS DENKBAR.



Johannes Wartenweiler, Sekretär Gewerkschaftsbund Kanton Bern

Im Kern geht es um zwei zusätzliche bewilligungsfreie Einkaufssonntage. Weitergehende Forderungen wie eine zusätzliche Stunde am Samstag hat der Grosse Rat wegen des Widerstandes der Gewerkschaften schon von sich aus aufgegeben. Das sieht bescheiden aus. Also der Sache einfach ihren Lauf lassen?

Sonntagsarbeit ist schon heute eine Realität im Detailhandel. Die zusätzlichen Sonntage fallen in die Vorweihnachtszeit. Zu diesem Zeitpunkt ist das Personal des Detailhandels

voll mit dem Einkaufsstress konfrontiert. Zwei zusätzliche Sonntage bedeuten unter diesen Umständen einen ganzen Monat durcharbeiten – mehr oder weniger ohne Freitage.

Arbeitsbedingungen nicht weiter verschlechtern

Hier fängt die Zumutung an. KundInnen gewöhnen sich an längere Ladenöffnungszeiten. Das ist bequem. Aber die Bequemlichkeit geht zulasten der Beschäftigten im Detailhandel. Ich meine nicht die StudentInnen, die sich mit dieser Arbeit ein Zubrot verdienen, sondern die gestandenen Detailhandelsangestellten, die diese Arbeit auch mit 50 oder 60 Jahren noch erledigen müssen – wenn der Körper die Belastungen der täglichen Arbeit nicht mehr wegstecken kann – und der Weg in die Rente doch noch in weiter Ferne ist. Von den Angestellten im Detailhandel kommt deshalb immer wieder ein kla-

res Nein gegen längere Arbeitszeiten – zuletzt in einer Blitzumfrage, die die Unia und der Gewerkschaftsbund bei den organisierten Detailhandelsangestellten gemacht haben. Sie wollen keine längeren Ladenöffnungszeiten, weder am Samstag noch am Sonntag. Das belastet ihre Arbeitsbedingungen. Ihre Freizeit und die Pflege sozialer Kontakte geraten zusätzlich unter Druck. Zudem ist die Zahl der Verstösse gegen das Arbeitsgesetz horrend, wie kürzlich in den Zeitungen zu lesen war.

Ausweitung ist schlicht unnötig

Der Detailhandel ist keine Hochburg des ArbeitnehmerInnenschutzes. Nur die Hälfte der rund 40 000 Beschäftigten im Kanton Bern untersteht einem Gesamtarbeitsvertrag. Seit Jahren kommen die Gewerkschaften nicht vom Fleck. Die Arbeitgeber sind entweder nicht organisiert oder offen gewerkschaftsfeindlich. Um die grössten Dumpingfälle zu verhindern, hat der Kanton Bern einen Normalarbeitsvertrag erlassen mit Mindestlöhnen. Schriftlich begründet, kann man davon aber nach unten abweichen.

Verschiedene Wirtschaftsvertreter machen sich im Grossen Rat zu Fürsprechern der grossen Detailhändler und der internationalen Ketten, die sich aus der Deregulierung noch ein bisschen mehr Umsatz versprechen – als ob plötzlich mehr Geld vorhanden wäre, wenn man eine Stunde länger öffnet.

Sie liegen falsch mit ihrem Anliegen. Der Detailhandel hat in der Coronakrise die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt. Die Angestellten wurden als Heldinnen der Arbeit gefeiert und als systemrelevant gelobt. Es braucht doch eine grobe Portion Verachtung, ihnen jetzt zusätzliche Sonntagsarbeit aufbürden zu wollen. Deshalb unterschreibt bis zum 1. Oktober 2020 das Referendum gegen die Sonntagsarbeit. Ein Unterschriftenbogen liegt dieser Zeitung bei.

JA zur Pflege sozialer Kontakte
JA zur Erholungszeit
JA zur Familienzeit

NEIN zu mehr Sonntagsarbeit!
Unterschreiben Sie **jetzt** das Referendum!

Keine Rückkehr zur Baracken-Schweiz!

WIR SAGEN AM 27. SEPTEMBER NEIN ZUR «BEGRENZUNGSINITIATIVE» DER SVP, WEIL DIESE DIE KÜNDIGUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT UND DAMIT EINE RÜCKKEHR ZUR BARACKEN-SCHWEIZ DES SAISONNIERSTATUTS ZUR FOLGE HÄTTE.



Belinda Nazan
Walpoth, Grossrätin,
Co-Präsidentin
SP MigrantInnen
Kanton Bern



Ivan Kolak, Gewerkschaftssekretär Unia,
Co-Präsident
SP MigrantInnen
Kanton Bern

Für die Betroffenen war das 1934 eingeführte Saisonierstatut eine Tragödie: Sie durften ihre Familie nicht in die Schweiz mitnehmen und sich pro Jahr höchstens neun Monate in der Schweiz aufhalten. Dann mussten sie mindestens drei Monate zurück in ihre Heimatländer. Und waren damit direkt der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt.

Nicht selten hausten die Saisoniers auf wenigen Quadratmetern in heruntergekommenen Baracken. Ihre Rechte – beispielsweise bei der Arbeit – waren kaum geschützt. Taten sie ihre berechtigten Forderungen nach einem anständigen Lohn oder menschlicheren Arbeitszeiten kund, wurden diese kaum gehört. Denn die Arbeitgeber wussten,

dass sie am längeren Hebel waren: Die Saisoniers hatten ihre Bedingungen zu akzeptieren, ansonsten verloren sie ihre Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz. Dies hatte prekäre Arbeitsbedingungen für die Saisoniers und die gesamte Branche zur Folge.

Personenfreizügigkeit als soziale Errungenschaft

Die Baracken-Schweiz erleichterte es den Scharfmachern, die Arbeitnehmenden gegeneinander auszuspielen und sogar aufzuhetzen. Ziel war, zu verhindern, dass sie ihre gewerkschaftlichen Interessen durchsetzen konnten. Um die Arbeiterschaft zu spalten, war jede Diffamierung recht. Abwertende Äusserungen wie «Tschinggen», «Jugos» oder «fuuli Sieche» waren an der Tagesordnung – obschon genau jene «Tschinggen», «Jugos» und «fuule Sieche» massgeblich unsere hervorragende Infrastruktur mit aufbauten, dabei ihre Gesundheit aufs Spiel setzten und auch in Spitälern, im Verkauf, in handwerklichen oder industriellen Berufen schufteten.

Statt diese Leistung der Saisoniers anzuerkennen, setzte man sie über Jahrzehnte hinweg prekärsten Arbeitsverhältnissen ohne Perspektiven aus. Erst 2002 wurde der Status der Saisoniers abgeschafft und durch die Personenfreizügigkeit abgelöst. Gleichzeitig gelang es den Gewerkschaften, mit Hilfe der flankierenden Massnahmen, das europaweite Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort auch in der Schweiz zu verankern. Seither gelten für

alle die gleichen Schweizer Löhne und Schweizer Arbeitsbedingungen.

Das Freizügigkeitsabkommen bildet im Verbund mit den flankierenden Massnahmen eine gewaltige soziale Errungenschaft. Sie ist mit der Freiheit verbunden, europaweit Arbeit anzunehmen und sich zu diesem Zweck niederzulassen. Und führte zum Verschwinden der Barackenschweiz, weil nun alle ihre Familien nachziehen konnten.

Angriff auf den Arbeitnehmerschutz

Genau auf den Arbeitnehmerschutz zielt die SVP ab. Sie nimmt mit ihrer «Begrenzungsinitiative» in Kauf, die bilateralen Verträge mit der EU zu kündigen und den damit verknüpften Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen abzuschaffen. Faktisch kämen wir damit zurück zu Baracken-Schweiz. Und damit zurück zur Schikanierung ausländischer Arbeitskräfte. Dadurch würden nicht allein die Arbeitsbedingungen von ausländischen Arbeitnehmenden unter Druck geraten, sondern jene der gesamten Branche. Denn Dumpinglöhne begünstigen eine nach unten drehende Lohnspirale. Nicht zu vergessen, dass ein beträchtlicher Teil des wirtschaftlichen Wohlstands auf der Personenfreizügigkeit beruht und durch die Initiative bedroht ist.

Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die erkämpften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht grundlos aufgegeben werden. Vielmehr müssen wir unsere sozialen Sicherungen weiter ausbauen, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Damit die Offenheit der Schweiz erhalten bleibt, muss Initiativen wie der Kündigungsinitiative eine klare Abfuhr erteilt werden.

HILFST DU BEI DER ELTERNZEIT-INITIATIVE MIT?



In der momentanen Lage wird es nicht einfach sein, die nötigen Unterschriften für die Elternzeitinitiative zu sammeln. Viele Menschen haben sich darum bereit erklärt, in ihrem Umfeld ein paar Unterschriften zu sammeln. Machst du auch mit? Lies dazu den QR-Code ein und trag dich ein. Zusammen schaffen wir es!

HEARING PRÄSIDIUM SP SCHWEIZ

Am Parteitag vom 17. Oktober wählen wir ein nationales Parteipräsidium. Im Moment liegen dafür zwei Kandidaturen vor, die von Cédric Wermuth und Mattea Meyer für ein Co-Präsidium sowie die Einzelkandidatur von Martin Schwab. Möchtest du mehr über sie erfahren? Hast du Fragen an die Kandidat*innen? Stell sie ihnen am Hearing. Aufgrund der momentanen Lage bitten wir um Anmeldung über das Formular auf www.spbe.ch.

Donnerstag, 17. September, 19 Uhr im Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern

RICHTERINNEN-POOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

AGENDA 2020

- Samstag, 5. September | Kantonaler Sammeltag Elternzeitinitiative
- Sonntag, 27. September | Abstimmungen
- Samstag, 24. Oktober | Kantonaler Sammeltag Elternzeitinitiative
- Mittwoch, 4. November, 19 – 21 Uhr | Parteitag in Bern
- Sonntag, 29. November | Abstimmungen

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLG UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern

Stillstand ist Rückschritt

«Der Hubacher, der war noch ein guter SP-Präsident. Heute kann ich nicht mehr SP wählen, sie ist mir zu extrem geworden.» Das habe ich nicht etwa kürzlich gehört, sondern in den 90er-Jahren. Vor ein paar Jahren hatte ich die Gelegenheit, mich mit Helmut auf der Freienhof-Terrasse über den Wandel der SP in den 70er-Jahren zu unterhalten. Er schilderte mir, dass die Öffnung der SP für feministische, ökologische und friedenspolitisch-armeekritische Bewegungen unbedingte nötig war. Hätte sich damals die SP nicht gewandelt, wäre sie heute nur noch eine kleine, bedeutungslose Arbeiterpartei, zeigte sich Hubacher überzeugt. Das hat mich an meinen SP-Beitritt erinnert. Wäre die SP in den 70er-Jahren stillgestanden, wäre sie

für mich Ende der 80er-Jahre nicht attraktiv gewesen, womit ich heute vermutlich ein Grüner wäre.

Warum erzähle ich diese Geschichte? Ich begegne ab und zu SP-Mitgliedern oder SP-Wählenden, denen es nicht gefällt, dass sich die SP wandelt. Dass sie sich zum Beispiel für die Fussballfankultur der Ultras einsetzt. Oder dass die SP an vorderster Front mit der Genderpause beim Reden unsere Sprache verändert. Aber dieser Wandel ist nötig! Denn was interessiert die Menschen von heute der Wandel von vorgestern? Die SP muss sich immer wieder öffnen für neue Themen, neue Bewegungen, neue Ansichten zu altbekannten Themen. In diesem Sinne freue ich mich auf das neue Präsidium der SP Schweiz und bin gespannt, wie lange es

Rote Feder

dauert, bis ich zum ersten Mal höre, der Levrat sei noch ein guter SP-Präsident gewesen ...

P.S. Am Tag nach dem Verfassen dieser Kolumne ist Helmut Hubacher verstorben. Was bleibt, sind Erinnerungen. Und eine moderne, linke SP.

Franz Schori, Co-Fraktionspräsident SP Thun, Zentralsekretär syndicom

